

2015-07-05 Energiewende - Stromkunden auf die Barrikaden (FAS)

F.A.S., Sonntag den 05.07.2015 Wirtschaft 22

Stromkunden auf die Barrikaden!

Von Lena Schipper

Deutschland, so schallt es seit Jahren zuverlässig aus Regierungserklärungen, Bundestagsdebatten und Industrieverbänden, ist sich seiner globalen Vorbildrolle bewusst in Sachen Klimaschutz und erneuerbare Energien. Damit sich das nicht nur in periodischen Gipfelerfolgen der Klimakanzlerin äußert, sondern auch innenpolitisch sichtbar wird, ist die Energiewende ein zum Erfolg verdammtes Prestigeprojekt. Auf gar keinen Fall darf es dadurch auffallen, dass die Verantwortlichen messbare Ziele verschleppen, also etwa weniger Windräder und Trassen gebaut oder weniger Tonnen CO₂ eingespart werden als vorgesehen.

Deswegen läuft die Umsetzung der Energiewende seit Jahren nach dem immer gleichen Muster ab: Die Regierung formuliert eine Zielvorgabe und macht einen vage gehaltenen Vorschlag, wie diese erreicht werden könnte und wer für Kosten und Konsequenzen aufkommt. Die auserwählte Gruppe – ein Industriezweig, eine Gewerkschaft, gerne auch eine Landesregierung – legt lautstark Protest ein. Es gibt lange, ermüdende Debatten ohne Einigung, das Thema verschwindet in der Versenkung. In letzter Minute, wenn schon alle ziemlich sicher sind, dass das Vorhaben gescheitert ist, wird ein Alternativvorschlag präsentiert: Die Rechnung für die ursprünglich vorgesehenen Zahlmeister wird vernichtet. Zum Vorschein kommt eine neue, höhere Rechnung, adressiert an Stromkunden und Steuerzahler.

Zuletzt kam dieses Verfahren in den vergangenen Monaten in den Streitigkeiten über den Bau neuer Stromtrassen und die Klimaziele der Bundesregierung zur Anwendung. In der Nacht zum Donnerstag endete es auf gewohnte Weise mit einem teuren Kompromiss. Die Braunkohleindustrie wird keine Abgabe auf alte Kraftwerke zahlen müssen, damit das Land wie geplant bis zum Jahr 2020 zusätzlich 22 Millionen Tonnen CO₂ einspart. Stattdessen bekommt sie ordentlich Geld, um die alten Meiler abzuschalten. Die dann noch fehlenden CO₂-Einsparungen sollen durch Förderprogramme zur Energieeffizienz erreicht werden. Bis zum Jahr 2020 kostet das rund zehn Milliarden Euro zusätzlich, umgelegt auf den Strompreis – für den Klimaschutz wäre es vermutlich ähnlich sinnvoll, mit dem Geld Windräder zu vergolden. Auch die Bayern müssen an den neuen Windstrom-Trassen wohl keine Monster-Masten mehr fürchten. Die Kabel sollen weitgehend unterirdisch verlaufen; bezuschusst werden dürfte diese teure Variante aus dem Bundeshaushalt, also aus Steuergeld.

Angesichts solcher Beschlüsse drängt sich unweigerlich eine Frage auf: Warum gibt es eigentlich noch keine landesweiten Proteste von den Leuten, die das alles über ihre höhere Stromrechnung begleichen sollen? Warum ist die Mehrheit der Deutschen nicht ähnlich auf Zack wie RWE, Vattenfall und die IG BCE, wenn es darum geht, sich gegen absurde Belastungen zu wehren, deren Nutzen für die Umwelt minimal ist?

Eine Erklärung ist sicherlich die moralische Alternativlosigkeit, mit der Energiewende-Maßnahmen unabhängig von Sinn oder Kosten präsentiert werden: Es ist alles für einen guten Zweck. Wer will schon gegen Klimaschutz sein?

Doch es gibt noch eine andere Erklärung. John Stuart Mill erfand zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts die Idee der Fiskalillusion – die Hypothese, dass Bürger die Kosten indirekter Besteuerung systematisch unterschätzen. Vielleicht trifft Ähnliches zu auf die Abgaben, Förderprogramme und sonstigen Geldströme der Energiewende. Niemand hat in dem Wust der Maßnahmen mehr den Überblick darüber, wo ihm zu welchem Zweck wie viel Geld aus der Tasche gezogen wird. Entsprechend schwachbrüstig sind die Proteste.

Welche dieser Erklärungen das Zögern der Stromkunden auch erklärt, sie sollten sich davon freimachen. Und endlich auf die Barrikaden gehen gegen die Politik, die sie zu Finanziers ihrer Geldgeschenke an Energieindustrie und Landesfürsten degradiert hat.